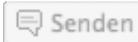
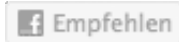


zuletzt aktualisiert am: 17.11.2011

URL: <http://nachrichten.rp-online.de/politik/berliner-probelauf-fuer-schwarz-rot-1.2604887>



Berlin

Berliner Probelauf für Schwarz-Rot

VON MICHAEL BRÖCKER UND BIRGIT MARSCHALL -

zuletzt aktualisiert: 17.11.2011 - 02:30

Berlin (RP). Die Hauptstadt wird künftig von einer großen Koalition regiert. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und CDU-Spitzenkandidat Frank Henkel stellten Ziele des neuen Senats vor. Auch für die Kanzlerin böte ein Bündnis mit der SPD die beste Chance für den Machterhalt 2013.

Einträchtig, als hätten sie immer schon gemeinsame Sache machen wollen, präsentieren sich Klaus Wowereit und Frank Henkel gestern nach mehrwöchigen Koalitionsverhandlungen. Nein, eine Blaupause für den Bund sei ihre neue Berliner Koalition nicht, versichern Berlins Regierender Bürgermeister von der SPD und der CDU-Spitzenkandidat. "Wir haben eine landespolitische Entscheidung getroffen, die nichts mit der Bundespolitik zu tun hat und keinerlei Rückschlüsse für zukünftige Konstellationen zulässt", sagt Wowereit. Henkel nickt zustimmend.

Das ist zwar auch die offizielle Linie der Parteizentralen von SPD und CDU, doch längst wird mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 eifrig gerechnet: Die Marginalisierung der FDP, so die allgemeine Einschätzung, wird sich fortsetzen. Aktuell erreicht sie in einer Umfrage des Forsa-Instituts wieder nur noch zwei Prozent der Stimmen.

Ohne den Koalitionspartner FDP bleiben den Unionsparteien nur die SPD oder die Grünen als mögliche Bündnispartner. Die Union, so das Kalkül von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), müsse Rot-Grün um fast jeden Preis verhindern. Mit den Beschlüssen zum Atomausstieg und zur Einführung eines Mindestlohns öffnete sich die CDU auf ihrem Leipziger Parteitag folgerichtig diesen potenziellen Partnern – und nahm ihnen gleichzeitig ihre schärfsten Waffen.

Eine Neuauflage der großen Koalition im Bund freilich ist für die SPD keine erstrebenswerte Option. Das Bündnis mit Merkel in der vergangenen Legislaturperiode hat der SPD nicht gutgetan: Während die Union für die Erfolge dieser Koalition belohnt wurde, wurde die SPD für ihre Misserfolge bestraft. Bis heute konnten sich die Sozialdemokraten nur mühsam wieder an die 30-Prozent-Marke der Wählerzustimmung heranarbeiten.

Die SPD-Führung hat also kein Interesse daran, die reelle Chance auf eine rot-grüne Regierung im Bund durch Spekulationen über Schwarz-Rot zu gefährden – zumal heute noch völlig offen ist, wie stark die Linke und die Piratenpartei 2013 werden. Davon wird abhängen, ob Rot-Grün im Bund eine eigene Mehrheit bekommt.

Da dies so unsicher ist, spekulieren selbst Berliner SPD-Abgeordnete über eine Signalfunktion für den Bund. "Wenn die Koalition in Berlin gut funktioniert, wird das 2013 ein Thema werden", sagt etwa Joschka Langenbrinck, Abgeordneter der Sozialdemokraten im Berliner

Parlament. "Die Euro-Krise wird sicher bis 2013 anhalten. Dann kann der Wunsch nach stabilen Mehrheiten groß sein, aber bitte unter SPD-Führung."

Große Koalitionen gibt es bereits in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im Mai 2012 könnte eine weitere hinzukommen: Sollten in Schleswig-Holstein SPD und Grüne die Mehrheit verpassen, gilt eine große Koalition als realistisch. Der neue Nord-CDU-Chef Jost de Jager ließ am Rande des Bundesparteitags am Wochenende durchaus Sympathien für ein solches Bündnis erkennen. SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig gilt als Pragmatiker, der als Sprecher des damaligen Bundesfinanzministers Peer Steinbrück gute Erfahrungen in einer großen Koalition gemacht hat.

In Berlin hatte Wowereit die anfänglichen Koalitionsverhandlungen mit den Grünen abgebrochen. Sie seien gescheitert, weil die Grünen dem Ausbau der Stadtautobahn A 100 nicht zustimmen wollten, hatte der Regierende erklärt. Nach Ansicht der Grünen, die nach dem Abbruch der Verhandlungen in eine schwere innerparteiliche Krise gerieten, hatte Wowereit das Bündnis von Anfang an nicht gewollt: Mit nur einer Stimme Mehrheit habe er nicht regieren wollen. Zudem gelten die Grünen als unangenehmer als die CDU, die erfreut nach der Macht griff.

SPD und CDU einigten sich darauf, Aufträge der Stadt an einen Mindestlohn von 8,50 Euro zu koppeln. Polizeibeamte sollen nach dem Willen der SPD künftig eine Nummer an ihrer Uniform tragen, damit sie für Bürger identifizierbar werden. Zudem sollen 2013 eine "City-Tax" für Touristen eingeführt und die Grunderwerbsteuer angehoben werden. "Wir wollen, dass Berlin reicher wird und sexy bleibt", sagt Wowereit in Anlehnung an sein Bonmot, Berlin sei arm, aber sexy.

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken